

Ungerecht

Die gleiche Arbeit an der gleichen Schule mit ungleicher Bezahlung?
Schluss damit! GEW moderiert ein Fachgespräch zwischen den
Vertreter_innen der beteiligten Gruppen und der Behörde

Ursprünglich sollte es eine große Podiumsdiskussion mit den Beteiligten und einem großen Publikum geben, so, dass die knapp hundert betroffenen beschäftigten Ergo- und Physiotherapeut_innen die Möglichkeit gehabt hätten, direkt mit den Fachleuten vom Personalamt und der Behörde ihr Problem zu verhandeln. Wegen Corona war dies nun nicht mehr möglich. Stattdessen waren fünf Vertreter_innen* von verschiedenen speziellen Sonderschulen gekommen, die damit ca. 80 Prozent aller Betroffenen repräsentierten. Sie überreichten dem

Vertreter des Personalamts, André Kuhring, der in Tarifverhandlungen des TV-L für das Land Hamburg die Interessen des öffentlichen Arbeitgebers vertritt, eine Sammlung von Berichten nahezu aller (!) Betroffenen. Dies schuf sichtlich Eindruck beim Tarifierenten des Personalamts. Mehr noch allerdings das couragierte Auftreten der delegierten Vertreter_innen.

Überzeugend konnten diese darstellen, dass ihre Arbeit an den Schulen weit über das reine therapeutische Behandeln der Kinder hinausgeht. Allein die enge Zusammenarbeit mit Lehrer_in-

nen, und Erzieher_innen bei der Erstellung von Förderplänen zeige, wie hier gemeinschaftlich an einer Sache gearbeitet werde, so die Argumentation. Man könne dort keine Grenzen zwischen pädagogischer und therapeutischer Arbeit ziehen. Dies zeige sich täglich in der schulischen Praxis: Die faktische Arbeit am Schüler/ an der Schülerin, so konnten die Vertreter_innen es mit Rückgriff auf die Berichte sehr anschaulich beschreiben, ließe so, dass man diese als gemeinschaftliche Aufgabe nicht nur begreife, sondern in vielerlei Hinsicht sich Tätigkeiten aufteile, bei denen



Foto: hlz

Der Teufel steckt im Detail – rechts: André Kuhring vom Personalamt – Hamburger Vertreter bei den Tarifverhandlungen auf Arbeitgeberseite zum TV-L; im Vordergrund: Sandra Hörhold (links) und Marit Knötler

die spezifische Profession in den Hintergrund trete. Bei den zahlreichen Vertretungen, die die Schulleitungen anordneten, lösten sich die Grenzen zwischen den Professionen vollends auf. Dies gelte grundsätzlich an allen Sonderschulen; im Rahmen des Einsatzes an Schulen, die Inklusion betreiben, sei es dagegen Programm! Dass es eine gemeinsame Dienstzeitregelung gebe, aber eine unterschiedliche Entgeltordnung sei doch der Beweis für die Ungerechtigkeit, die hier einer Berufsgruppe widerfahre, somit der Tenor der Beiträge der Therapeut_innen.

Dies sei in der Tat die Crux bei der unterschiedlichen Bezahlung, gestand der Personalamtsvertreter ein. Er beschrieb zunächst, wie es in Rahmen der Tarifeinigung TV-L 2019 zu der Abspaltung der Ergo- und Physiotherapeut_innen aus der Gruppe des PTF-Personals kam. Hintergrund ist die dort beschlossene Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes, denen die schulischen Therapeut_innen als „Gesundheitsberufe“ tarifsystematisch nicht zugeordnet sind (s. hierzu Kasten Seite 18). Damit seien die speziellen Hamburger Verhältnisse, dass es nämlich überhaupt Ergo- und Physiotherapeut_innen an Schulen gebe, die von der BSB unter dem Label „PTF“ künstlich zu einer Einheit mit den pädagogischen Berufen „Erzieher_in bzw. Sozialpädagog_in“ verschmolzen wurden, nicht berücksichtigt worden. Da es nur in zwei weiteren Bundesländern Ergo- bzw. Physiotherapeut_innen im Landesdienst gebe, seien diese Berufsgruppen in den Tarifverhandlungen unberücksichtigt geblieben.

Derlei Informationen wurden zwar mit Interesse aufgenommen, lenkten aber in gewisser Weise von der schlichten Forderung der anwesenden Therapeut_innen ab, dass man hier und jetzt einen Ausweg suche, um die ungleiche Bezahlung im

Weitere Kuriositäten

Eine Besonderheit stelle die Fortbildungssituation dar, so die Betroffenen. Man sei behördlicherseits verpflichtet, 15 Stunden im Jahr nachzuweisen, die man aber privat finanzieren müsse. Damit seien die Ergo- und Physiotherapeuten wohl die Einzigen im Schuldienst Beschäftigten, die ihre Fortbildung gänzlich allein zahlen müssten.

Auch hier signalisierten die Behördenvertreterinnen Abhilfe in Form von Erstattungen, was aber nicht auf Begeisterung der anwesenden Therapeut_innen stieß. Man wolle auch hier Gleichbehandlung. Und dies hieße Fortbildungen müssten behördlicherseits über das LI unentgeltlich angeboten werden, wie es für alle anderen Professionen an Schule auch üblich sei, waren sich die Therapeut_innen einig.

Die Ungleichbehandlung gelte auch für sie, so Sandra Hörhold, und verwies auf ihre Situation als Leitungskraft. Sie nehme alle Funktionen, die naturgemäß mit einer solchen Aufgabe verbunden seien, für eine Gruppe von 12 Therapeut_innen an ihrer Schule wahr. Dies gehe weit über die

Planung des Arbeitseinsatzes hinaus. Personalplanung wie auch Personalauswahl gehörten genauso zu ihren Aufgaben wie Mitarbeiter_innengespräche und Beurteilungen der einzelnen Kolleg_innen. Das mache sie gern, aber sei immer wieder frustriert, wenn sie am Monatsende realisiere, dass sie weniger verdiene als ihre Kollegin, die nicht als Leitungskraft, sondern als ‚normale‘ Erzieherin arbeite.

Auch hier zeigten die Behördenvertreter_innen Verständnis und signalisierten Handlungsbereitschaft.

Auf die meisten Vorschläge, die der Personalamts- oder die BSB-Vertreter_innen machten, reagierten die Therapeut_innen eher verhalten. So, wie man auch in der Fortbildung wie alle anderen Beschäftigtenengruppen behandelt werden wolle, so gelte dies auch für Zulagen. Die wolle man aber nicht, sondern eine tarifliche Gleichstellung mit den Erzieher_innen! Das sei nach wie vor die Forderung. Nur dies sei letztendlich im Sinne einer gerechten Lösung.

JG

Vergleich mit Erzieher_innen, die es vor 2017 nicht gegeben habe, aufzuheben. Bis zu 500 Euro weniger im Monat seien eben keine Marginalie, sondern die Ungleichheit verletzte unabhängig von dieser deutlichen finanziellen Benachteiligung das Selbstwertgefühl. Wertschätzung sehe anders aus, so die Fachvertreter_innen unisono. Wenn die Behörde auch nur ein Fünkchen Interesse an der Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter_innen habe, gelte es hier Abhilfe zu schaffen.

Die Vertreter_innen der BSB zeigten sich durchaus aufgeschlossen. So meinte die für das

PTF neu ins Amt bestellte Fachreferentin Babette Gottschick, dass man sich durchaus vorstellen könne, die Stellenbeschreibung dahingehend anzupassen, dass klar würde, dass es sich bei der Arbeit um „Schwierige Tätigkeiten“ handele. Dies sei ja die Voraussetzung für etwaige Zulagen, wie es zuvor der Personalamtsvertreter Kuhring als eine Möglichkeit, eine tarifvertragliche Regelung zu finden, dargestellt hatte.

Die Leiterin der Rechtsabteilung der BSB, Birgit Krüger, zeigte ebenfalls Wohlwollen. Man werde in dieser Sache eng

mit dem Personalamt zusammenarbeiten und nach einer Lösung suchen. Das letzte Wort habe natürlich der politisch legitimierte Entscheidungsträger, sprich: der Senator.

Guten Willen zeigte auch der Personalamtsvertreter. Er verwies noch einmal auf die Schwierigkeiten, die mit solch einer spezifischen Hamburger Forderung im Konzert der 16 Bundesländer einhergingen. Da seien nicht nur die spitzen Bleistifte der Finanzminister_innen im Spiel, sondern auch die Mechanik, die sich aus der Konstruktion der Tarifverträge heraus ergebe, sei dafür verantwortlich, dass die Latte, um die gleiche Bezahlung wie die Erzieher_innen tarifvertraglich festzulegen,

hoch liege. Er sei aber beeindruckt von den Schilderungen aus der Praxis und auch von dem Engagement aller Kolleg_innen, die sich ja wohl nicht ohne Grund so breit an der Darstellung ihrer Arbeitssituation beteiligt hätten, wenn ihnen dies nicht unmittelbar in Hinblick auf ihr Berufsethos auf den Nägeln brenne. Diese Eindrücke nehme er mit in die bevorstehenden Planungen der Tarifrunden und könne nur alle Beteiligten ermutigen, sich weiterhin bis zu den erneuten Verhandlungen des TV-L in einem Jahr zu Wort zu melden.

Das klang in gewisser Weise optimistisch, zeigte aber auch wie schwierig es gerade für so eine kleine Berufsgruppe ist, ihre Interessen durchzusetzen. Unse-

re Tarifierferentin Birgit Rettmer versprach abschließend den Kolleg_innen, dass die GEW sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Abschaffung der offensichtlichen Ungerechtigkeit einsetzen werde und insbesondere auch weiterhin an der Seite aller Kolleg_innen stehe, die sich in der Sache engagieren. Dass auch nach dieser Ermutigung, das Engagement in der Sache nicht nachlassen würde, konnten die anwesenden Therapeut_innen garantieren.

JOACHIM GEFFERS

** Barbara Franke, Bodo Hass, Sandra Hörhold, Marit Knötler, Christina Thörner*

Chronologie für die Tarifentwicklung der Erzieher_innen und Therapeut_innen an den speziellen Sonderschulen in Hamburg

Situation bis 2017

60er Jahre Gründung von speziellen Sonderschulen

An den KB/kmE- und GB/gE-Schulen arbeiten Erzieher_innen und Therapeut_innen.

Beide erfüllen schwierige Aufgaben.

Beide sind eingruppiert in BAT 5b bzw. ab 2006 TV-L 9S (kleine E9).

Über 50 Jahre wurden Erzieher_innen und Therapeut_innen gleich bezahlt.

Länder-Tarifrunde 2017

Thema: Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes (Abschnitt 20 der Entgeltordnung TV-L).

Physio- und Ergotherapeut_innen = Gesundheitsberufe (Abschnitt 10 EntgO TV-L)

Folge: Beginn des tariflichen Auseinanderdriftens der beiden eng verzahnten „PTF“- Berufsgruppen.

Tarifabschluss 2017

+4,35 Prozent in zwei Schritten für Erzieher_innen und Therapeut_innen

Erzieher_innen erhalten zusätzlich eine Zulage von 80 €

Therapeut_innen erhalten keine Zulage, obwohl in HH „PTF“, tarifrechtlich jedoch „Gesundheitsberuf“.

Länder-Tarifrunde 2019

Thema der Gewerkschaften u.a.: Weitere Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes (Abschnitt 20 der Entgeltordnung TV-L).

Thema der GEW Hamburg: Berücksichtigung der schulischen Ergo- und Physiotherapie bei dieser Aufwertung

Tarifabschluss 2019

Allgemein: Entgelterhöhung in drei Schritten mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 8,0 Prozent

Konkret 2019: Neue Entgeltgruppe E9a, in die Erzieher_innen und Therapeut_innen übergeleitet werden.

Erzieher_innen erhalten weiter die SuE-Zulage (84,34 €), Therapeut_innen nicht.

Konkret 2020: Erzieher_innen werden von TV-L 9a in die TV-L S-Tabelle 8b überführt, Therapeut_innen bleiben in der E9a TV-L

Folge: In Stufe 6 (bei langjähriger Betriebszugehörigkeit) der jeweiligen Entgelttabellen bedeutet dies einen Gehaltsunterschied von etwa 500 € brutto pro Monat. (<http://oeffentlicher-dienst.info/einstieg/>)

Fazit: Die Erzieher_innen haben die Aufwertung ihrer Arbeit verdient. Die Therapeut_innen auch!

GEW
Geschäftsstelle